

Unveränderte Verhältnisse

Komplementärmedizin: Zustimmung wahrscheinlich
Biometrische Pässe: Vorteil für Ja-Seite, Ausgang aber offen

titel

Trendstudie Biometrische Pässe und Komplementärmedizin
2. Welle: April/Mai 2009

MEDIENBERICHT ZUR BEGLEITSTUDIE
„ABSTIMMUNG VOM 17. MAI 2009, 2. WELLE, APRIL/MAI 2009“
IM AUFTRAG VON SRG SSR IDEE SUISSE

Projektteam:
Claude Longchamp, Institutsleiter, Politikwissenschaftler,
Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen
Lukas Golder, Senior Projektleiter, Politikwissenschaftler
Laura Kopp, Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin
Jonas Kocher, Datenanalytiker/Programmierer
Martina Imfeld, Projektassistentin



Das Inhaltsverzeichnis

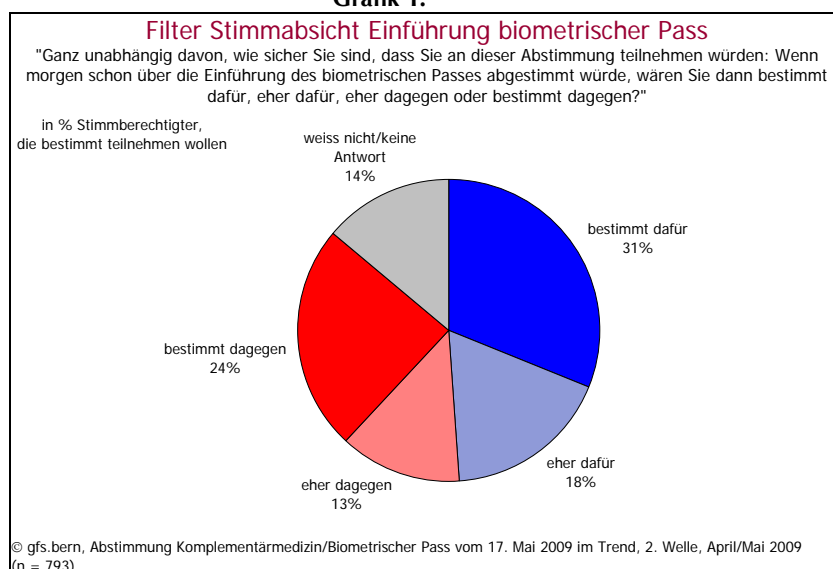
| | |
|--|-----------|
| 1. HEADLINES | 3 |
| 2. DER UNTERSUCHUNGSANSATZ | 5 |
| 3. DIE BEFUNDE | 8 |
| 3.1. DIE VORLÄUFIGEN TEILNAHMEABSICHTEN | 8 |
| 3.2. STAND DER MEINUNGSBILDUNG ZU DEN BIOMETRISCHEN PÄSSEN | 9 |
| 3.2.1. Die vorläufigen Stimmabsichten | 9 |
| 3.2.2. Das vorläufige Konfliktmuster | 10 |
| 3.2.3. Die vorläufige Bewertung der Argumente | 12 |
| 3.3. STAND DER MEINUNGSBILDUNG ZUR KOMPLEMENTÄRMEDIZIN | 13 |
| 3.3.1. Die vorläufigen Stimmabsichten | 13 |
| 3.3.2. Das vorläufige Konfliktmuster | 14 |
| 3.3.3. Die vorläufige Bewertung der Argumente | 17 |
| 4. SYNTHESE | 19 |
| ANHANG | 21 |
| DAS GFS.BERN TEAM..... | 21 |

1. Headlines

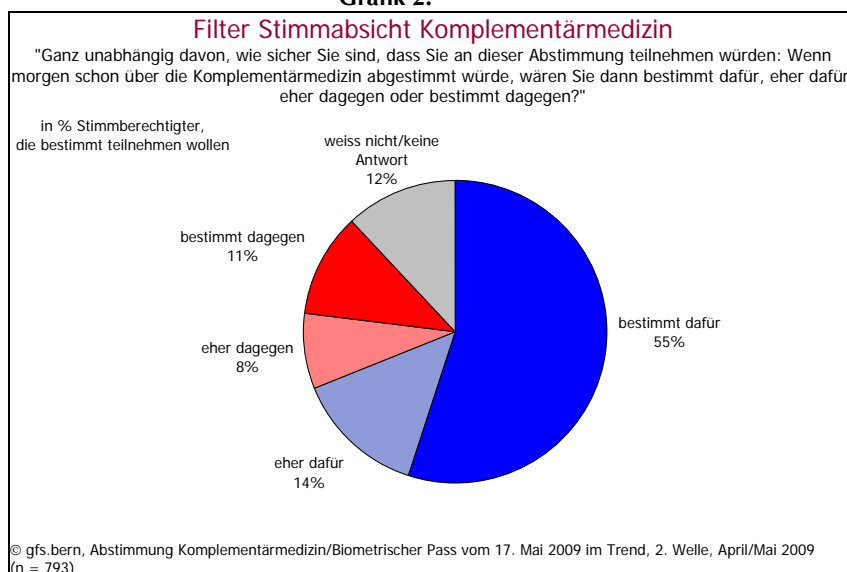
Wäre Ende April 2009 über die beiden Vorlagen entschieden worden, die am 17. Mai 2009 in den eidgenössischen Volksabstimmungen anstehen, hätten von den Beteiligungswilligen 49 Prozent (+2% gegenüber der Erhebung vier Wochen zuvor) bestimmt oder eher für die biometrischen Pässe gestimmt; 37 Prozent wären (-2%) bestimmt oder eher dagegen gewesen. Die Komplementärmedizin wäre von 69 Prozent (+2%) mehr oder weniger klar befürwortet resp. von 19 Prozent (+4%) in unterschiedlich klarem Masse abgelehnt worden.

Beteiligt an den Entscheidungen hätten sich 40 Prozent (+5%) der Stimmberechtigten.

Grafik 1:



Grafik 2:



Das sind die Hauptergebnisse der zweiten von zwei Befragungen der SRG SSR idée suisse, erstellt durch das Forschungsinstitut gfs.bern zur Volksabstimmung vom 17. Mai 2009. Befragt wurden hierzu zwischen dem 27. April und dem 2. Mai 2009 1'216 repräsentativ

ausgewählte Personen. Bezogen auf die Gesamtheit der Befragten beträgt der statistische Stichprobenfehler +/- 2.9 Prozentpunkte.

Grafik 3:

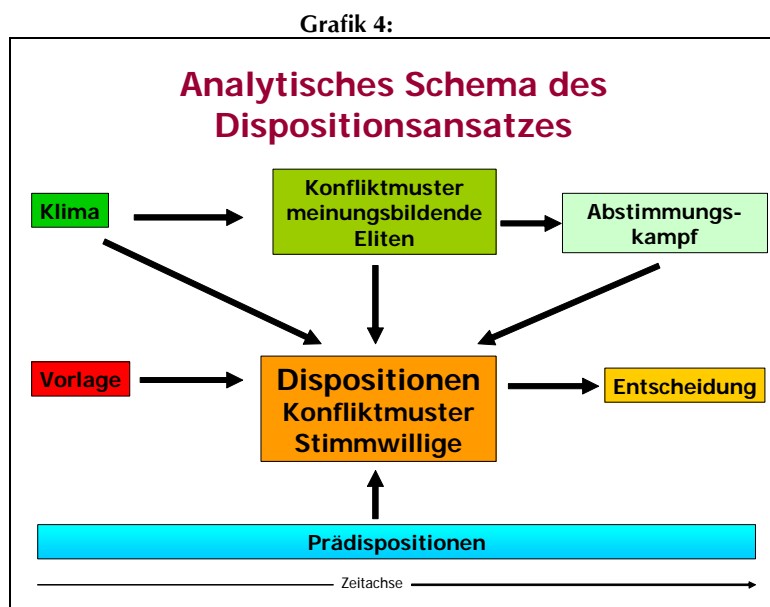
| Datenbasis | |
|------------------------------|--|
| • Grundgesamtheit: | Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz |
| • Erhebungsart: | computergestützte Telefoninterviews (CATI) |
| • Stichprobenbildung: | sprachregional geschichtete, doppelte Zufallsauswahl (Haushalte, BewohnerInnen) |
| • Befragungsdauer: | 27.4.2009-2.5.2009. Mean-Day: 29.4.2009 |
| • Stichprobengrösse: | N = 1216 (Total), n = 793 (Teilnahmewillige) |
| • Stichprobenfehler: | +/- 2.9 Prozentpunkte bei 50/50 (N= 1216) +/- 3.6 Prozentpunkte bei 50/50 (n= 793) (beide bei 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit) |
| • Verwendbarkeit: | exklusiv für SRG SSR idée suisse, Sperrfrist: Mittwoch, 6. Mai 2009, 17:00 Uhr |

Zitiervorschlag: Repräsentativ-Befragung von 1'216 stimmberechtigten BürgerInnen aus der ganzen Schweiz. Durchgeführt zwischen dem 27. April 2009 und dem 2. Mai 2009 für die SRG SSR idée suisse-Medien durch das Forschungsinstitut gfs.bern.

2. Der Untersuchungsansatz

Untersucht werden die beiden Abstimmungsgegenstände vom 17. Mai 2009: die Einführung neuer Biometrischer Pässe, gegen die erfolgreich das Referendum ergriffen worden ist und der Gegenvorschlag zur Initiative Komplementärmedizin, den das Parlament erarbeitet hat.

Der hierzu verwendete Untersuchungsansatz folgt dem erprobten Vorgehen des Forschungsinstituts gfs.bern für Vorbefragungen zu Volksabstimmungen. Er basiert auf dem Dispositionsansatz. Dieser geht von der These aus, dass Entscheidungen, wie sie bei Volksabstimmungen zustande kommen, weder kollektiv noch individuell ein für alle Mal feststehen. Vielmehr entwickeln sie sich aus den Erfahrungen und der Diskussion zu einem Thema resp. einer Vorlage heraus:



- Auf der übergeordneten Ebene sind der Positionsbezug der meinungsbildenden Eliten (Regierung, Parlament, Medien), das Meinungsklima, in dem die Entscheidung stattfindet sowie die Ausgestaltung des Abstimmungskampfs von Belang.
- Auf der BürgerInnen-Ebene geht es um die Verarbeitung von Informationen, die vor dem Hintergrund von Alltagserfahrungen mit den Abstimmungsthemen geschieht.
- Daraus entstehen individuelle Stimm- und Teilnahmeabsichten, von uns als Dispositionen bezeichnet, die sich im Verlaufe des Meinungsbildungsprozesses zu verbindlichen Entscheidungen in der Sache und bezüglich der Beteiligung an der Entscheidung verdichten. Von allen Individuen, die sich berechtigterweise beteiligen können, entsteht so bis zum Abstimmungstag der kollektiv verbindliche Entscheid.

Den vorläufigen Stand dieser Meinungsbildung bestimmen wir hier aufgrund einer Repräsentativ-Befragung, die wir bei insgesamt 1'216 stimmberechtigten Personen in der ganzen

Schweiz durchgeführt haben. Der Befragungszeitraum reichte vom 27. April bis zum 2. Mai 2009. Der mittlere Befragungstag war der 29. April 2009.

Befragt wurden stimmberechtigte SchweizerInnen, die im Inland wohnhaft sind. Wir befragten insgesamt 793 Personen, die an der Volksabstimmung bestimmt teilnehmen wollen resp. 423, die das nicht tun wollen. Wir haben bewusst mehr beteiligungsbereite Personen interviewt, weil sie für die Bestimmung der Stimmenverhältnisse massgeblich sind, während die anderen nur zur Kontrolle der Mobilisierungsbereitschaft dienen.

Die Befragung wurde mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) realisiert. Es wurden drei gleich strukturierte Erhebungen in der deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweiz durchgeführt. In der Ausgangslage wurden die beiden kleineren Sprachgruppen überrepräsentiert befragt, um bessere sprachregionale Analysen vornehmen zu können. Für gesamtschweizerische Aussagen wurde diese Verteilung wieder zurückgewichtet.

Alle so ermittelten Ergebnisse verstehen sich nicht als Prognosen, sondern als Momentaufnahme des Meinungsbildungsprozesses. Dieser ist auch mit der zweiten Befragungswelle erfahrungsgemäss nicht abgeschlossen. Bekannt sind folgende Phänomene in der Schlussphase:

1. Die Unentschiedenen fällen in letzter Minute eine Entscheidung oder beteiligen sich nicht.
2. Die Beteiligung entwickelt sich aufgrund der Mobilisierung in den letzten zwei Wochen der beiden Lager ungleich und verändert so die Stärkenverhältnisse.

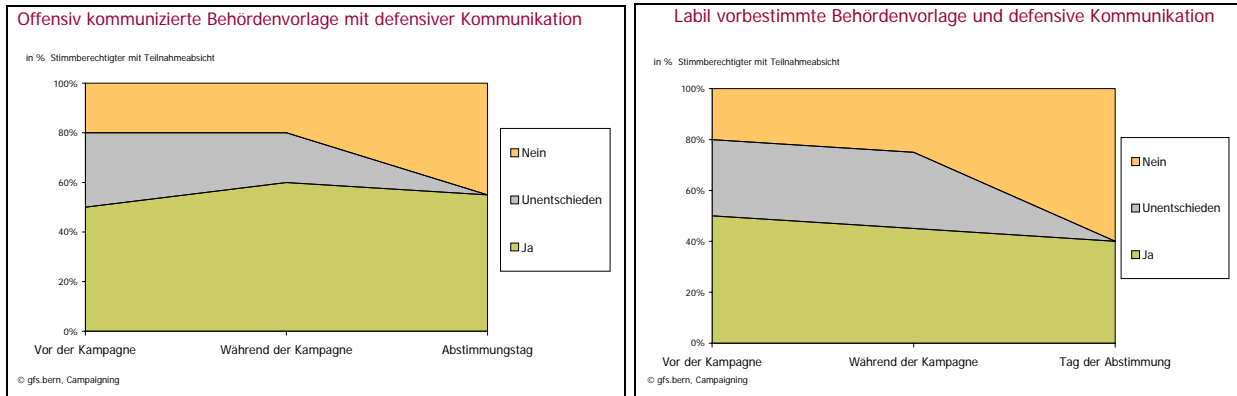
Da es in der Schweiz nicht erlaubt ist, 10 Tage vor einem Abstimmungssonntag zu den Vorlagen Befragungen zu machen, muss die präventive Bestimmung dieser Effekte ausbleiben. Sie kann nur nachträglich abgeschätzt werden.

Punktgenaue Prognosen müssen deshalb ausbleiben. Wenn die Verhältnisse klar genug sind, kann ein Ja oder ein Nein mit hinreichender Wahrscheinlichkeit bestimmt werden. Andernfalls muss eine Aussage zum Abstimmungsausgang ausbleiben.

Der Verlauf der Meinungsbildung bis und mit zweiter Befragung kann aufgrund der Erfahrungen, die wir in den letzten zehn Jahren mit Befragungen zu Volksabstimmungen für die SRG gesammelt haben, hypothetisch formuliert werden. Eigentliche punktgenaue Prognosen sind damit jedoch nicht leistbar.

Dabei muss man zuerst zwischen Meinungsbildungsprozessen zu Volksinitiativen resp. zu Behördenvorlagen unterscheiden. Da es sich bei den beiden Volksabstimmungen um Behördenvorlagen handelt, besprechen wir hier nur die Arbeitshypothesen zu Behördenvorlagen.

Grafik 5:



Bei Behördenvorlagen spielt der Effekt der vorbestimmten Meinungsbildung nur dann, wenn Gesetzesänderungen ein breites Bevölkerungsanliegen aufgreifen. In diesem Fall sind die Kampagnen im Wesentlichen dazu da, in der Bevölkerung vorhandene Prädispositionen aufzugreifen und zu verstärken, marginal auch meinungsaufbauend zu wirken. Mit klaren Prädispositionen ist dann zu rechnen, wenn der Abstimmungsgegenstand selbstredend, eindeutig und die Konsequenzen der Entscheidung klar sind. Je häufiger man darüber bereits abgestimmt hat resp. je mehr ein Bezug der Vorlage zum Alltag der Bürgerschaft besteht, umso eher ist dies erfahrungsgemäss auch gegeben.

Die Hypothesen lauten:

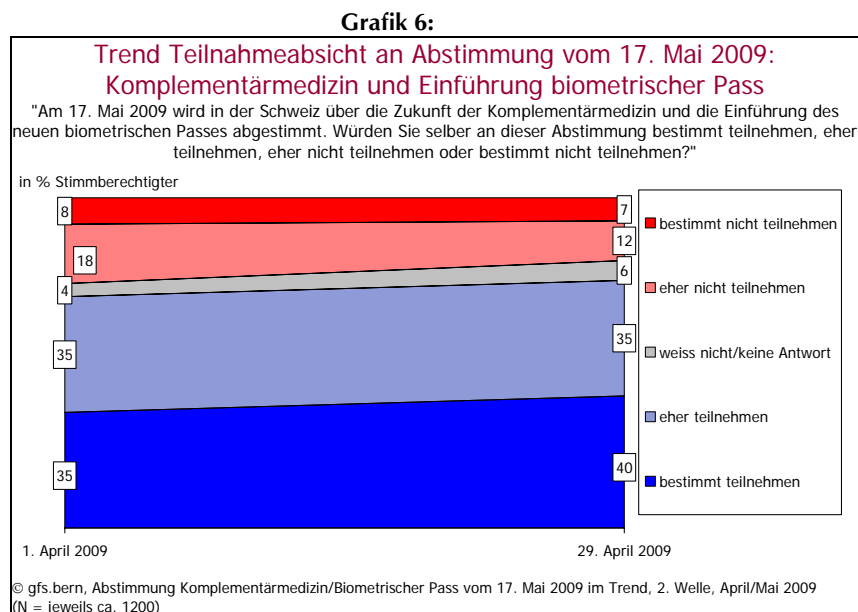
Beide Vorlagen passierten die parlamentarische Beratung mehrheitlich. Es kann damit gerechnet werden, dass die Ja-Seite besser als die Nein-Seite beginnt.

1. Bei der Komplementärmedizin zeichnet sich eine beschränkte Opposition von rechts ab. Die Vorlage kann sich aber auf eine breite Sympathie gegenüber der Komplementärmedizin stützen. Entscheidend wird sein, wem es darüber hinaus gelingt, die in der Gesundheitspolitik zentrale Kostenfrage bei der Komplementärmedizin für sich zu entscheiden.
2. Bei den biometrischen Pässen gibt es eine erhebliche, organisierte Opposition, die sich auf rechte und linke Parteien stützen kann. Zudem sind die Jungparteien via Internet aktiv. Die Vorlage tendiert dazu, die gegenwärtige Stimmungslage, die durch Misstrauen und Verdruss gegenüber dem Ausland (USA, EU, Deutschland) gekennzeichnet ist, symbolisch zum Ausdruck zu bringen. Entscheidend ist, ob es der Ja-Seite gelingt, die Vorteile bei der Sicherheit und der Reisefreiheit relevant zu kommunizieren.

3. Die Befunde

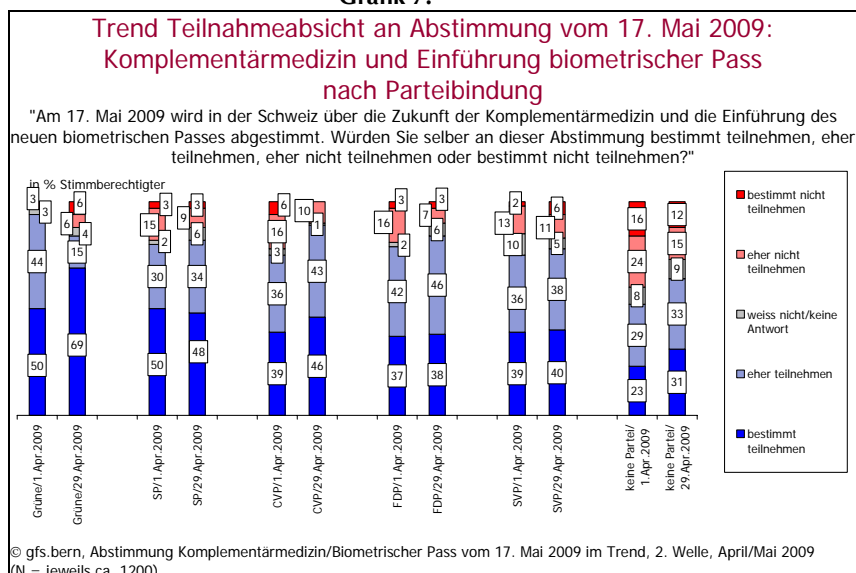
3.1. Die vorläufigen Teilnahmeabsichten

Das vorläufige Interesse an den Volksabstimmungen vom 17. Mai 2009 ist unterdurchschnittlich. Wäre bereits Ende April 2009 entschieden worden, hätten sich 40 Prozent der Stimmberechtigten (+ 5% gegenüber der ersten Erhebung) bestimmt beteiligt. Das ist weniger als im Mittel. Denn üblicherweise nehmen bei Volksabstimmungen heute etwa 45 Prozent teil, und der Schlusswert in Befragungen zwei Wochen davor liegt normal nur unwesentlich darunter.



In Sachen Biometrie-Pässe besonders angesprochen sieht sich eigentlich nur die Basis der Grünen. Deren Wählerschaft will zu 69 Prozent teilnehmen, Tendenz klar steigend. Bei den anderen grösseren Parteien liegen die Werte zwischen 38 und 48 Prozent, ohne klar ersichtliche Entwicklung über die Zeit. Leicht zugenommen hat die Beteiligungsabsicht auch bei den parteipolitisch Ungebundenen, die aber unverändert schwächer als das Mittel mobilisiert sind.

Grafik 7:



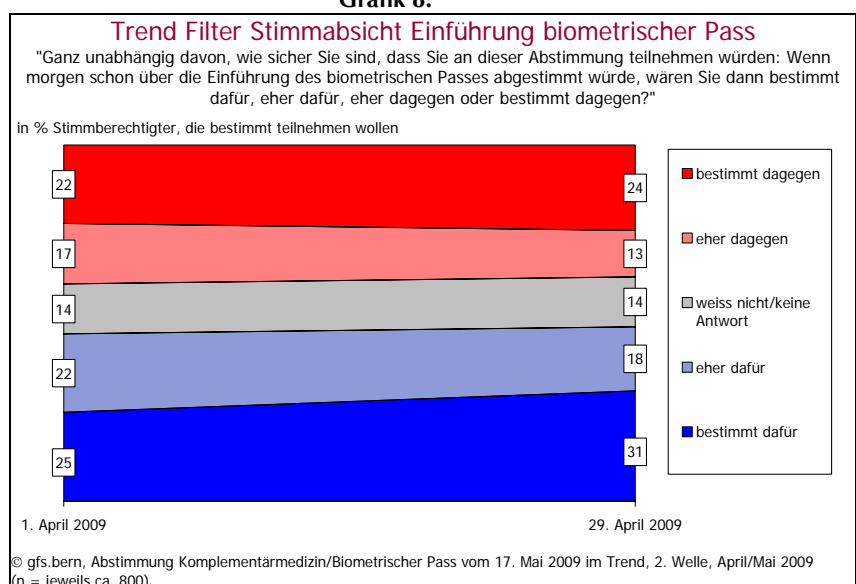
Im Vergleich zu sonstigen Volksentscheidungen fällt damit nicht nur die unterdurchschnittliche Beteiligungsbereitschaft auf. Dies rührt, wie die aktuelle Befragung zeigt, vor allem aus dem mässigen Interesse der Regierungsparteien, sich in der Sache zu engagieren und zu äussern.

3.2. Stand der Meinungsbildung zu den Biometrischen Pässen

3.2.1. Die vorläufigen Stimmabsichten

Wäre Ende April 2009 über die Einführung der Biometrischen Pässe entschieden worden, hätten 31 Prozent (+6%) der Teilnehmewilligen bestimmt dafür und 18 Prozent (-4%) eher dafür gestimmt. Zusammen gibt das 49 Prozent (+2%), die eher auf der Ja-Seite sind.

Grafik 8:



Eher im Nein-Lager befinden sich 37 Prozent (-2%) der Beteiligungsbereiten. 24 Prozent (+2%) wollen die Vorlage bestimmt ablehnen, weitere 13 Prozent (-4%) neigen in diese Richtung.

Unter den teilnahmewilligen Stimmberechtigten äussern unverändert 14 Prozent keine Stimmabsicht.

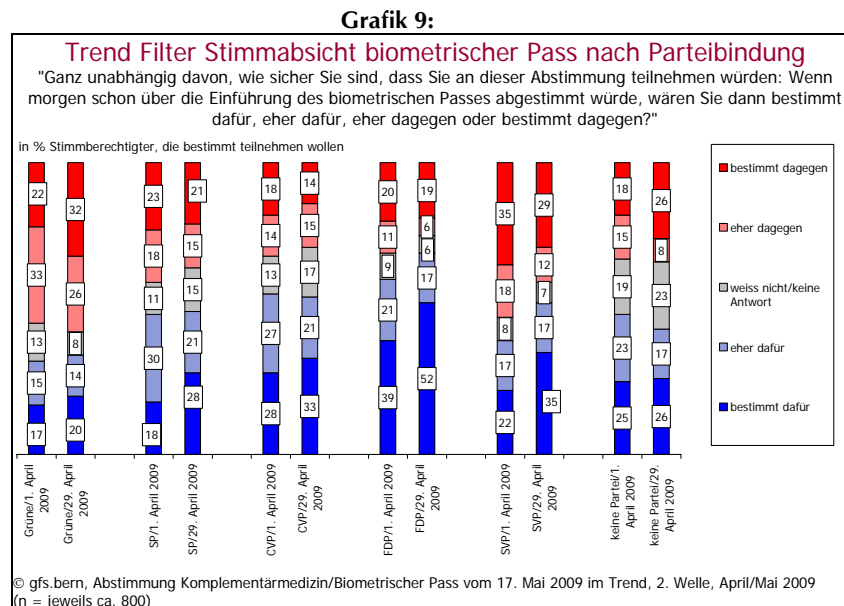
Die bisherige Kampagne hat damit die Anteile fest entschiedener BürgerInnen erhöht, die Meinungsbildung insgesamt aber nicht verändert. Die Veränderungen bei den mehr oder weniger Entschiedenen insgesamt sind alle im Stichprobenfehler und lassen keine Trendaussage zu. Der Prozentsatz der Unentschiedenen hat sich gar nicht verändert.

In die Breite wirkt der laufende Abstimmungskampf damit nicht.

Bezogen auf den Ausgang der Abstimmung hat die Ja-Seite Vorteile gegenüber der Nein-Seite. Die ermittelten Werte wie auch die Unsicherheiten der vorläufigen Entscheidung lassen aber keine eindeutige Aussage zu.

3.2.2. Das vorläufige Konfliktmuster

Die Opposition zu den Biometrischen Pässen konnte sich, parteipolitisch gesprochen, an der Basis der Grünen tendenziell vergrössern, möglicherweise auch bei den Parteiungebundenen. Sie geht aber bei den AnhängerInnen aller Regierungsparteien mehr oder weniger klar zurück.

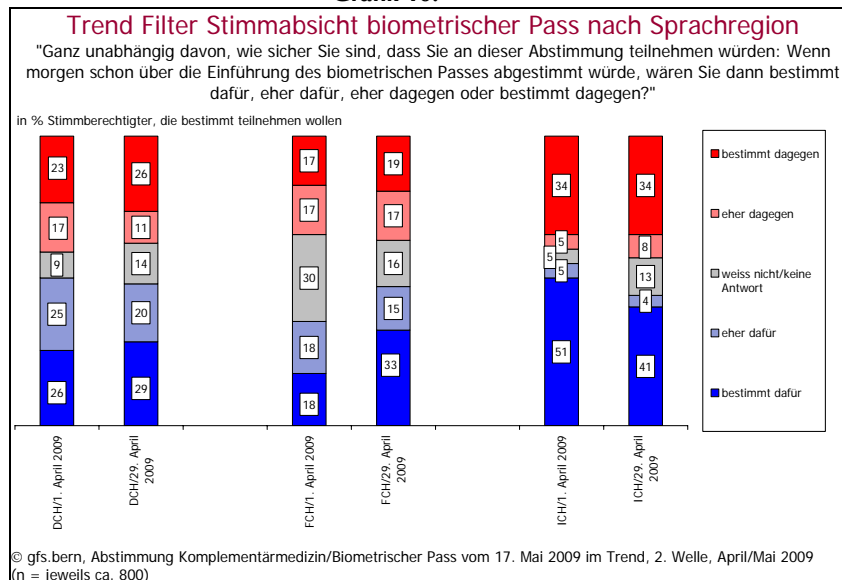


Eindeutig mehrheitlich für die neuen Reisepässe sind die AnhängerInnen der befürwortenden FDP. Das gilt wahrscheinlich auch für die WählerInnen der SVP und der CVP. Bei der SP ist die Mehrheit nicht eindeutig: Die Ja-Seite überwiegt die Nein-Seite aber unter den Entschiedenen. Klar im Nein ist die Grüne Basis, während eine zuverlässige eindeutige Einordnung der Parteiungebundenen angesichts der zahlreichen Unschlüssigen schwierig ist.

Damit bleibt: Die Opposition der SVP- und SP-Parteispitzen, die sich gegen die Vorlage ausgesprochen haben, findet an deren Basis keine gesicherten Mehrheiten.

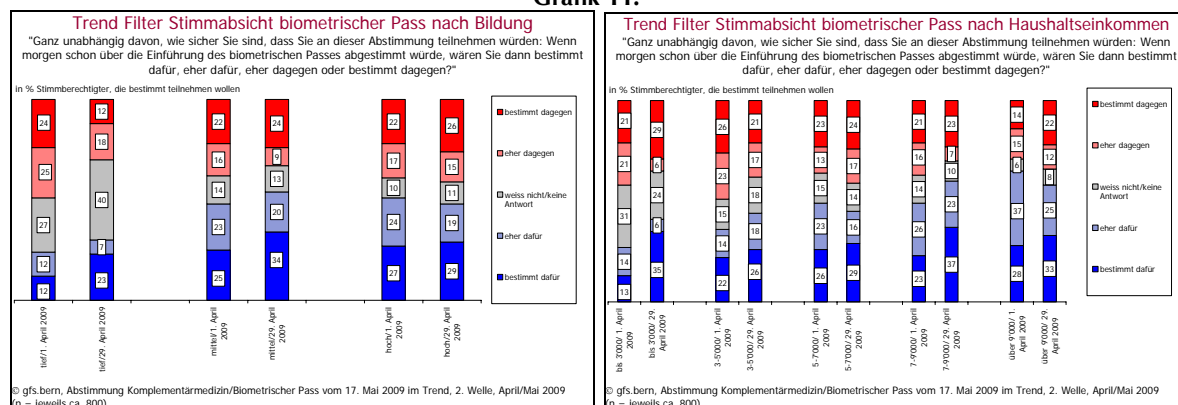
Das hat auch damit zu tun, dass die Entscheidung zu den Biometrischen Pässen alles andere als eindeutig parteipolitisch determiniert ist. Unsere Untersuchung lässt den Schluss zu, dass es auch hinsichtlich Sprachregionen, nach Alter und nach Schicht Unterschiede gibt.

Grafik 10:



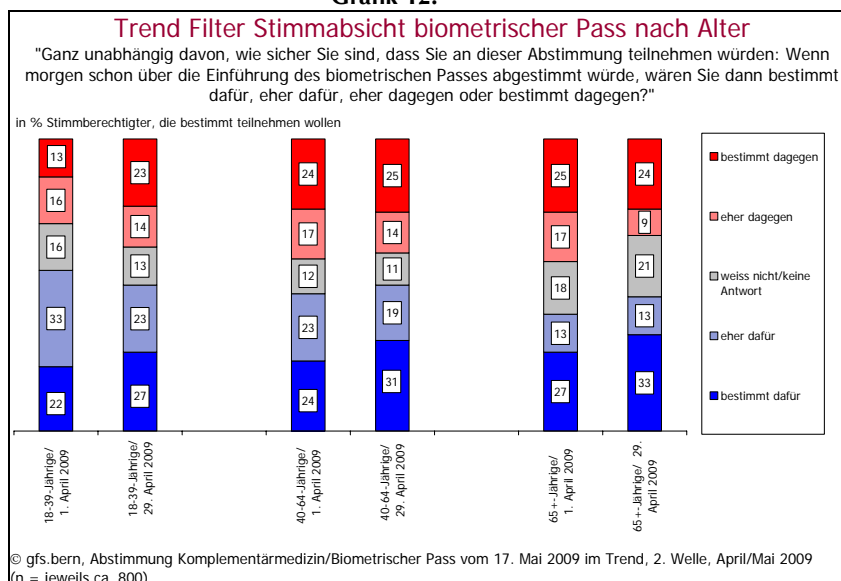
Gesicherte Zustimmungsmehrheiten gibt es bei Männern, Personen mit Berufsschulabschluss und Schichten mit überdurchschnittlichem Haushaltseinkommen. Gesicherte Mehrheiten auf der Nein-Seite gibt es über die parteipolitischen Befunde hinaus nicht.

Grafik 11:



Eindeutig zulegen konnte die Ja-Seite bei ganz tiefen Haushaltseinkommen (+ 14%), in der oberen Mittelschicht (+ 12%) und in der Romandie (+ 11%). Verloren hat sie namentlich in der italienischsprachigen Schweiz (-11%). Die Nein-Seite hat bei den tiefen (-11%) und den ganz tiefen (-7%) Haushaltseinkommen und bei den RentnerInnen (-9%) verloren. Zulegen konnte sie dagegen bei den jüngeren BürgerInnen (+ 8%). Namentlich bei Personen mit tiefer Schulbildung gingen vorläufige Entscheidungsabsichten sichtbar zurück (-13%).

Grafik 12:

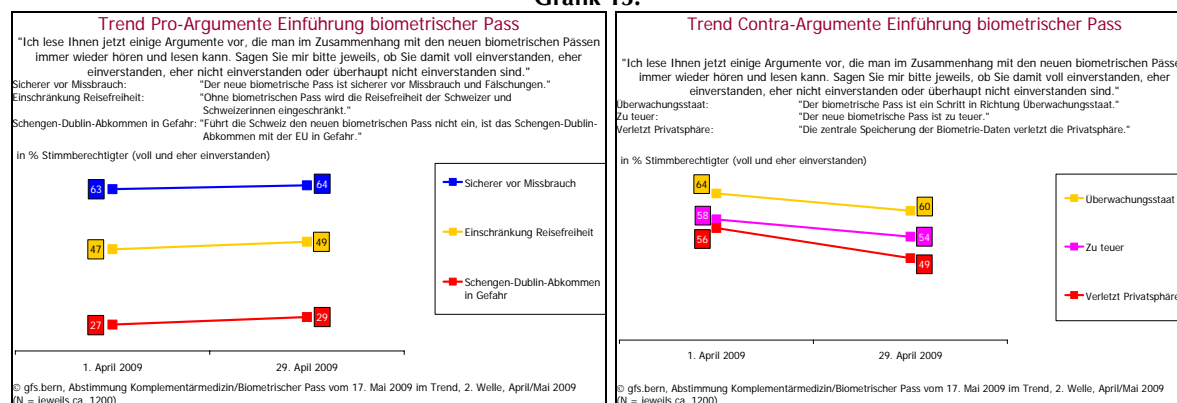


Man kann es auch so sagen: Der Abstimmungskampf hat bisher keine wirkliche Entscheidung hervorgebracht. Die meisten Gruppen haben ihre mehrheitliche Position nicht verändert. Die Ja-Kampagne wirkt bei einem eher konservativen Publikum, die Nein-Aktivitäten verstärken bei den jüngeren Personen die Ablehnungsbereitschaft. Alles in allem bleiben aber die zielgruppenspezifischen Veränderungen bescheiden.

3.2.3. Die vorläufige Bewertung der Argumente

Die Popularität der Schlagworte für und gegen die neuen Reisepässe hat sich nicht fundamental verändert. Die Zustimmungswerte zu den Ja-Botschaften sind konstant, jene zu den Nein-Botschaften gehen alle mehr oder weniger deutlich zurück.

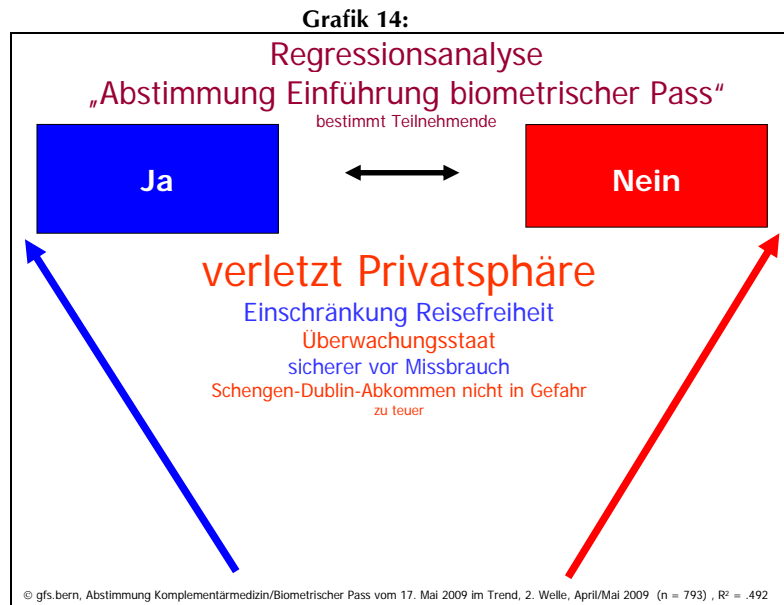
Grafik 13:



Die anerkannteste Botschaft für Biometrische Pässe betrifft die Sicherheit. Trotz heftiger Kritik in den Medien wird dieses Argument der Ja-Seite klar mehrheitlich begrüsst. Eine relative Mehrheit unterstützt auch die Reisefreiheit, während die Gefährdung des Schengener Abkommens angesichts kommunizierter Ausweichmöglichkeiten bei einem Nein am 17. Mai 2009 klar abgelehnt wird.

Von den gegnerischen Botschaften ist die zum Überwachungsstaat am eingängigsten; eine eindeutige Mehrheit teilt dieses Bedenken. Knapp sind die Mehrheitsverhältnisse zwi-

schenzeitlich bei den Kosten und bei der Verletzung der Privatsphäre durch die Zentralisierung.



Bei einer Volksentscheidung geht es aber nicht um die Abstimmung über einzelne Argumente, sondern um die Beschlussfassung zu einer Vorlage. Deshalb interessiert eigentlich mehr, welchen Beitrag zur Erklärung der bisherigen Zustimmungs- und Ablehnungsabsichten die getesteten Argumente leisten. Es kann festgestellt werden, dass alle sechs Argumente einen eigenen Beitrag leisten. Dieser ist aber abgestuft. Die Verletzung der Privatsphäre polarisiert am meisten zwischen Ja- und Nein-Disponierten. Auf der Ja-Seite trifft dies für die Einschränkung der Reisefreiheit zu. Demgegenüber entwickeln die populäreren Argumente zum Überwachungsstaat und zur Sicherheit gegen Missbrauch weniger Wirkung. Das rührt daher, dass sie von den jeweiligen Lagern gewünscht werden, wohl aber überzeichnen und deshalb die individuellen Entscheidungen weniger bestimmen. Das gilt ganz sicher auch für das Kostenargument auf der Nein-Seite, während die europapolitische Konsequenz der Abstimmung schon in der Popularitätsanalyse durchfiel.

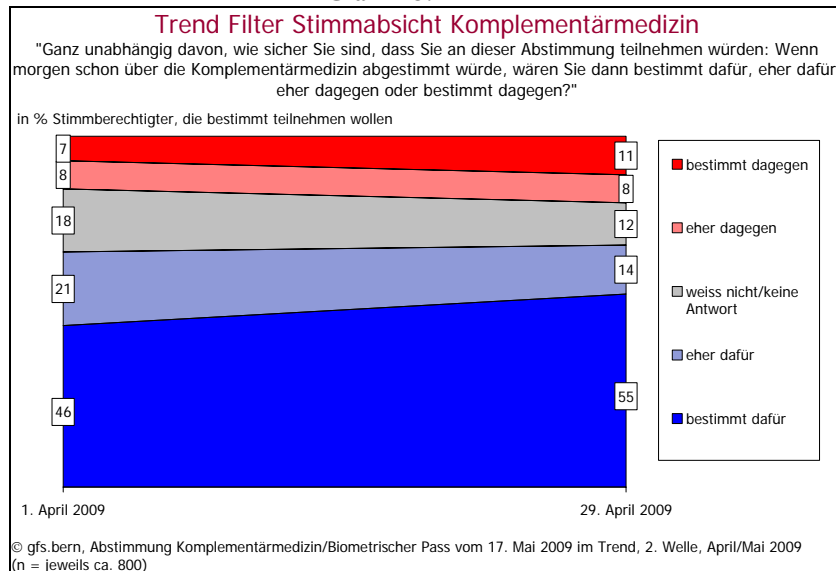
Wer in seiner Entscheidung unsicher geblieben ist, steht in der Regel vor dem Dilemma, sich zwischen der Angst vor dem Überwachungsstaat und dem Wunsch nach Reisefreiheit entscheiden zu müssen.

3.3. Stand der Meinungsbildung zur Komplementärmedizin

3.3.1. Die vorläufigen Stimmabsichten

Mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten mit bestimmter Teilnahmeabsicht will zwischenzeitlich bestimmt für den Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative "Ja zur Komplementärmedizin" stimmen. Addiert man Personen hinzu, die zwar bestimmt teilnehmen, aber erst "eher" für die Vorlage stimmen wollen, erreicht die Vorlage gut zwei Wochen vor der Abstimmung Unterstützung von einer klaren Mehrheit von 69%. Weniger als eine von fünf Personen mit Teilnahmeabsicht will dagegen stimmen. Das sind etwas mehr als noch zu Beginn der Kampagne. 12% sind noch nicht entschieden.

Grafik 15:

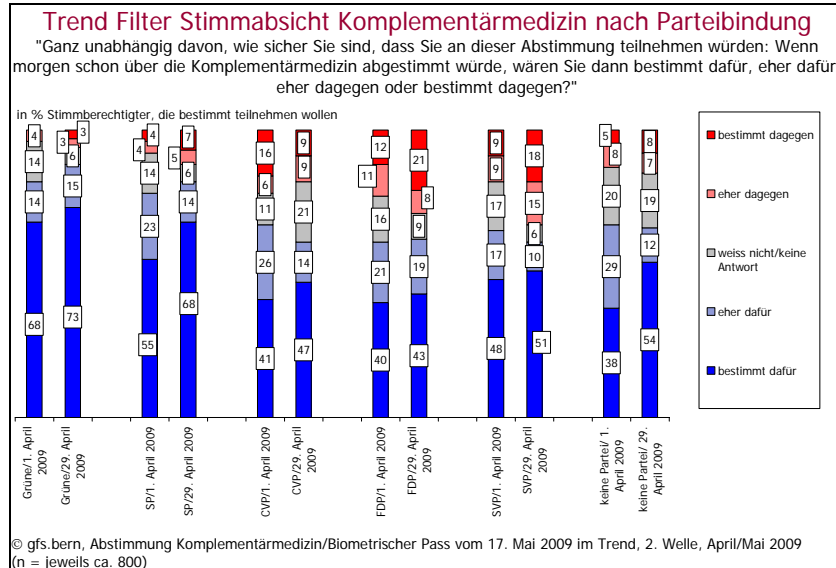


Im Vergleich mit der Befragung von Anfang April 09 ist der addierte Nein-Anteil leicht steigend und der Ja-Anteil praktisch stabil. Der einzige klare Trend betrifft den Anteil der Personen, die bestimmt dafür stimmen wollen. Dies spricht für die Annahme, dass die grundsätzlich positiv geneigten Meinungen zur Vorlage in der Ausgangslage anfangs April 09 eher verstärkt wurden. Der erzielte Anteil in der Woche vom 29. April 09 alleine würde am 17. Mai 09 für die Annahme der Vorlage genügen.

3.3.2. Das vorläufige Konfliktmuster

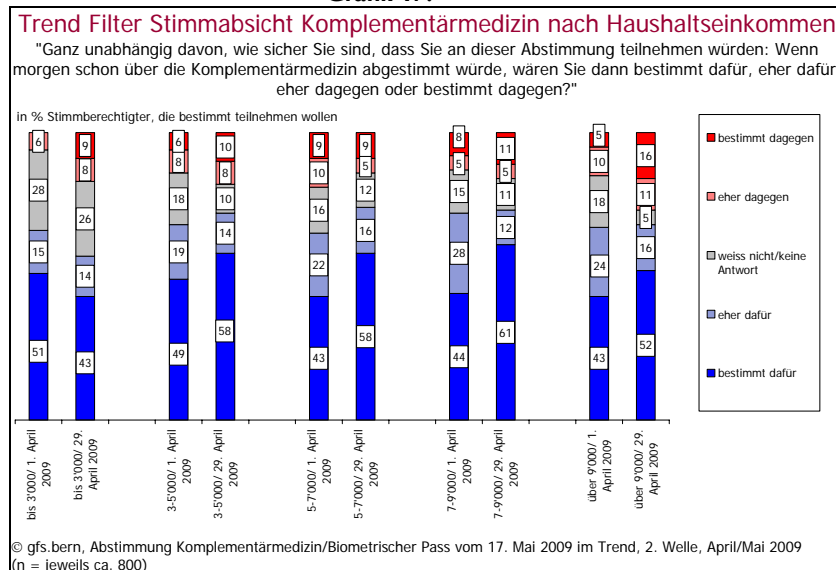
Unverändert neigen Mehrheiten aller Parteienhängeerschaften sowie eine Mehrheit der Personen ohne Parteibindung zum Ja. Der bereits in der Ausgangslage beschriebene Elite-Basis-Konflikt bei der SVP (ausser SVP Frauen und SVP AG und BE) zeigt sich zwar weiterhin, es ist aber der klarste Trend in Richtung Nein: Anfang April 09 wollten erst 18% der SVP-Anhängeerschaft die Vorlage ablehnen; zwischenzeitlich ist es ein Drittel (33%). Leicht verstärkt haben sich auch die Nein-Tendenzen bei der FDP. Damit hat die Vorlage etwas stärker als in der Ausgangslage ein Links-Rechts-Profil mit sinkender Annahmewahrscheinlichkeit auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Trotzdem bleibt die Annahmewahrscheinlichkeit auch rechts der Mitte hoch. Die Kampagnenaktivitäten der Gegnerschaft dürften bei involvierten Anhängeerschaften der Rechten erste Wirkungen gezeigt haben, vermochten aber die sehr gute Ausgangslage der Vorlage nicht flächendeckend zu verändern.

Grafik 16:



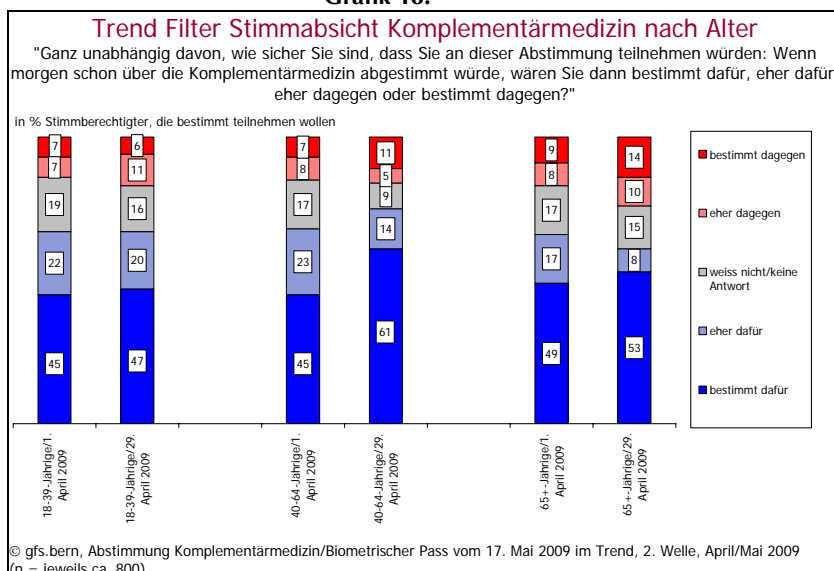
So schwach ausgeprägt wie die Konfliktlinien zwischen den Parteianhängerschaften sind auch die anderen Konfliktmuster. Keine von uns untersuchte Untergruppe will in ihrer Mehrheit bestimmt oder eher gegen die Vorlage stimmen. Die Konflikte haben sich aber auch bei anderen Untergruppen etwas differenzierter ausgebildet als bei der ersten Befragung. So hat sich bei Personen, die über sehr niedrige Haushalteinkommen verfügen, etwas Verunsicherung breit gemacht. Damit neigen sie nun von allen Einkommensstufen am wenigsten zum Ja.

Grafik 17:



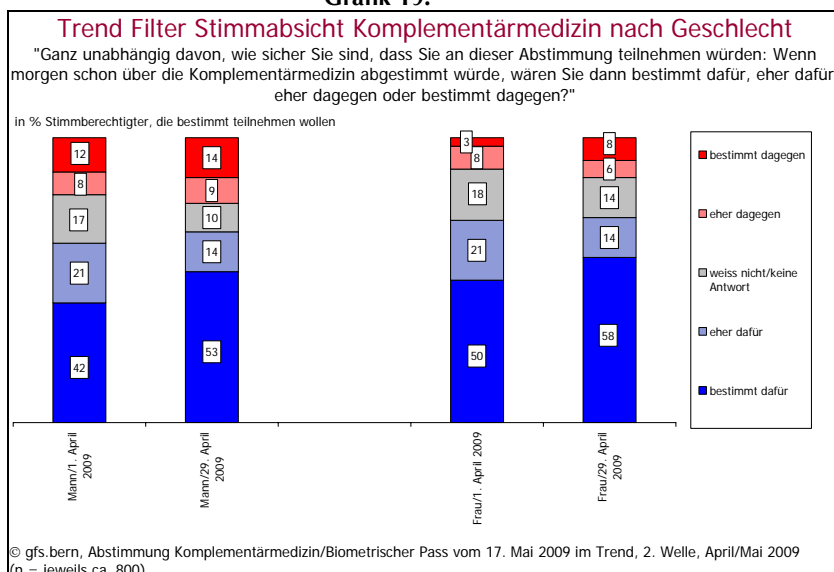
Für die These einer leichten Verunsicherung durch die Prämiendiskussion bei Personen, die aufgrund der Kaufkraft stärker davon betroffen sind, spricht neben dem Trend bei niedrigen Einkommensklassen auch die Entwicklung bei den Altersgruppen. Personen im mittleren Alter neigen deutlich stärker zur Ja-Seite, während sich unter Jüngeren kaum Veränderungen zeigen und Personen im höchsten Alter aktuell leicht kritischer sind als in der Ausgangslage.

Grafik 18:



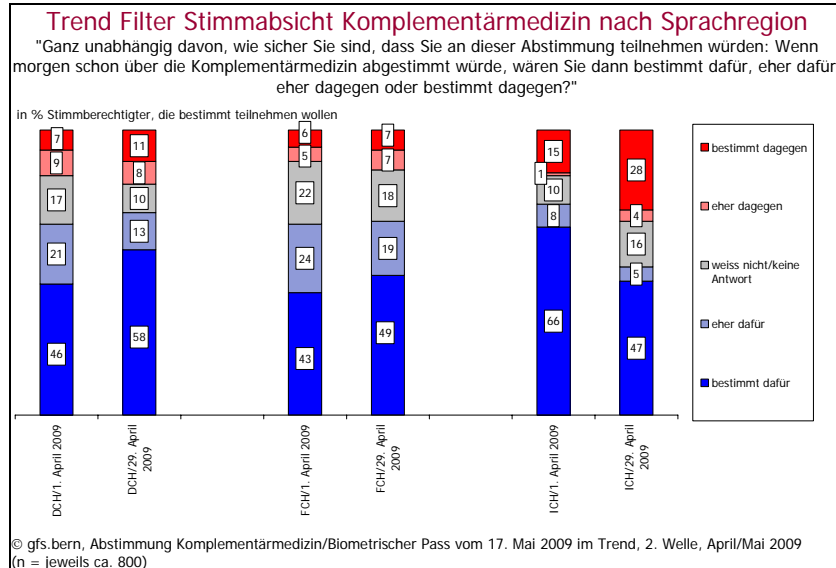
In der Ausgangslage waren Frauen deutlich stärker für die Vorlage. Die Meinungsbildung bei Männern ist aber auf Kosten der Unentschlossenen voran geschritten, was beiden Seiten in etwa gleich diente. Da unter Frauen die Ja-Anteile kaum zunehmen, sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern etwas geringer geworden. Die Kampagne stärkt unter Männern Ja- und Nein-Stimmabsichten, während bei Frauen in erster Linie die Absicht zunimmt, bestimmt für die Vorlage zu stimmen. Es ist deshalb durchaus möglich, dass sich auch am Abstimmungstag eine leichte Konfliktlinie nach Geschlechtern bestätigt.

Grafik 19:



Die Verhältnisse in der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz widerspiegeln in etwa den gesamtschweizerischen Trend. Anders dürfte die Meinungsbildung in der italienischsprachigen Schweiz verlaufen. Hier erodierte im Vergleich zur ersten Befragung der Ja-Anteil relativ stark; der Nein-Anteil baute sich bis auf annähernd einen Drittel (32%) auf. Damit ist die Annahmewahrscheinlichkeit klar geringer als in den anderen Sprachregionen.

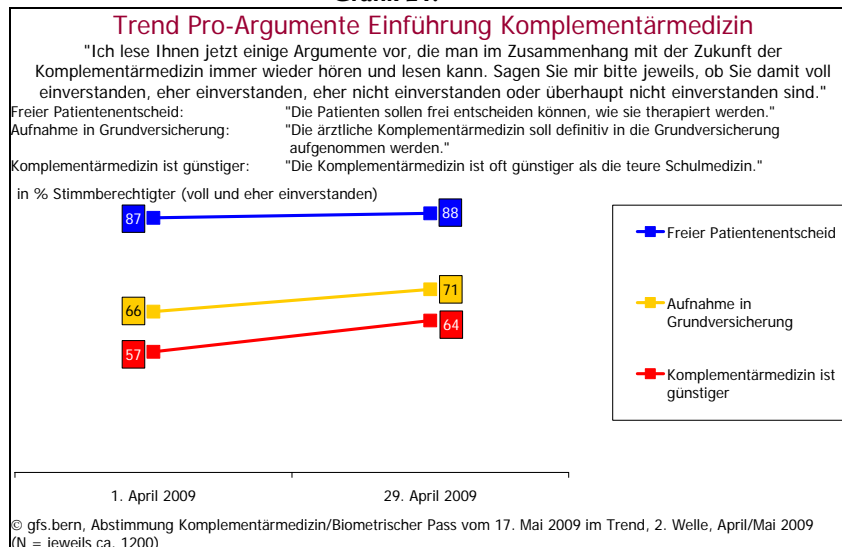
Grafik 20:



3.3.3. Die vorläufige Bewertung der Argumente

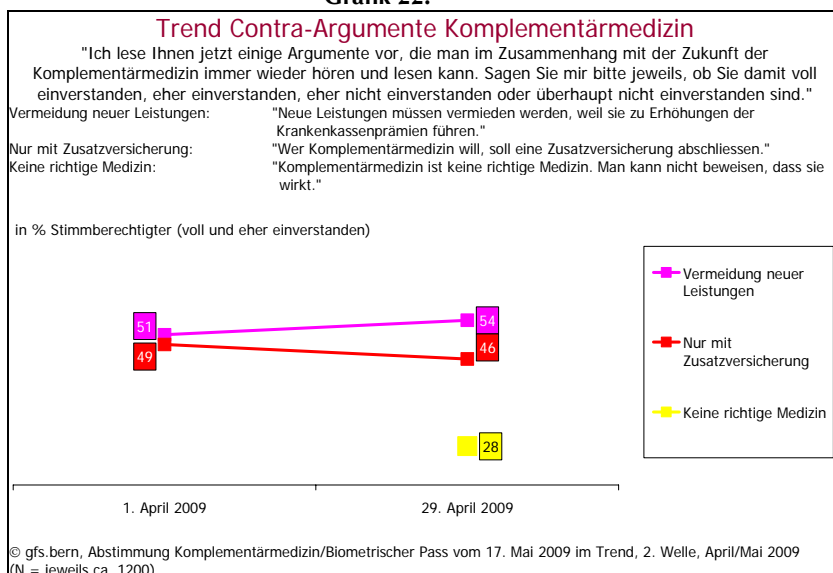
Unverändert denkt eine überwiegende Mehrheit im Sinne einer KonsumentInnen-Autonomie, dass die PatientInnen frei über die Therapie entscheiden sollen. Die Unterstützung der Aufnahme der ärztlichen Komplementärmedizin ist auf hohem Niveau ebenfalls leicht steigend, und Alternativmethoden gelten ebenfalls stärker als zu Beginn der Kampagne oft als günstiger als die Schulmedizin. Die Argumente der BefürworterInnen greifen damit eher noch besser als in der Ausgangslage.

Grafik 21:



Auf der Nein-Seite sind die Trends weniger eindeutig. Etwas stärker ist aber zwischenzeitlich die Unterstützung des Arguments, dass neue Leistungen vermieden werden sollen. Hier spiegelt sich der leicht negative Meinungstrend vor allem bei Personengruppen, die besonders stark unter der drohenden Prämienhöhung leiden könnten. Die Argumentationsbasis der GegnerInnen bleibt aber schwach: Unverändert ist das Argument, dass man bei Bedarf eine Zusatzversicherung abschliessen kann, nicht mehrheitsfähig.

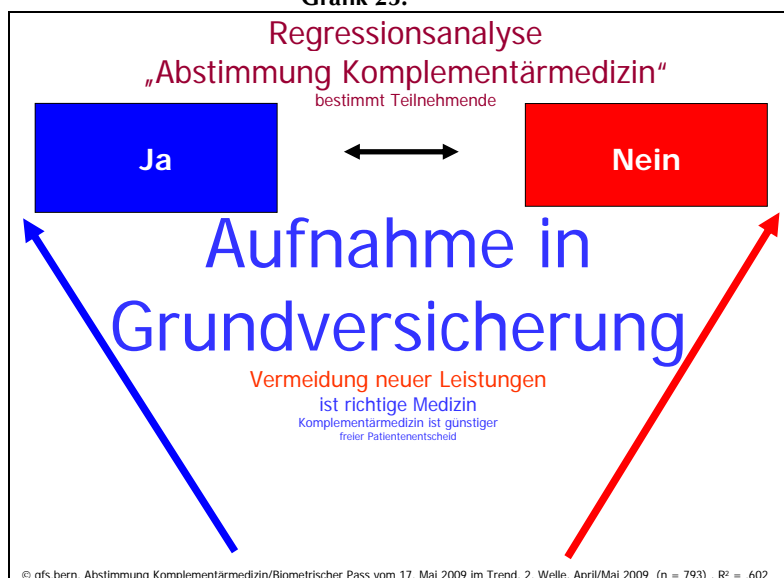
Grafik 22:



Für das sehr gute Image der Komplementärmedizin bei Stimmberechtigten spricht schliesslich auch das in der aktuellen Befragung neu formulierte Argument, dass die Komplementärmedizin keine richtige Medizin ist, weil der Wirkungsnachweis fehlt. Nur 28% unterstützen dieses Argument voll und eher, während 40% mit diesem Argument überhaupt nicht und 23% eher nicht einverstanden sind.

Das Argument, dass die definitive Aufnahme der Komplementärmedizin in die Grundversicherung fordert, steht immer noch im engsten Zusammenhang mit den geäusserten Stimmabsichten. Der Kampagnenverlauf bis Ende April 09 verstärkte diese Überzeugung und damit die argumentative Untermauerung der BefürworterInnen eher. Unterstützend kommt das gute Image als "richtige" Medizin: Diese weit verbreitete Überzeugung hilft eher der Ja- als der Nein-Seite. Auch die zwei direkten Pro-Argumente zum günstigeren Preis der Komplementärmedizin und zur PatientInnen-Autonomie fördern die bisherigen Ja-Stimmabsichten. Auf der Nein-Seite bleibt damit nur ein wirksames Argument: Neue Leistungen in der Grundversicherung sollen vermieden werden. Die Kampagne der Nein-Seite hat diesen Eindruck zwar leicht verstärkt, dies alleine genügte aber bis Ende April 09 nicht, um eine Erosion des Ja-Anteils zu erzwingen.

Grafik 23:



4. Synthese

Die vorliegende, zweite Befragung zu den Entscheidabsichten der StimmbürgerInnen in Sachen Volksabstimmungen vom 17. Mai 2009 lässt aufgrund der Trends und des aktuellen Standes eine Präzisierung der vorläufigen Meinungsbildung zur Einführung der Biometrischen Pässe und zur Finanzierung der Komplementärmedizin zu:

- Die Beteiligungsabsichten sind steigend, mit 40 Prozent Teilnahmewilligen für eine Volksabstimmung in der Schweiz mit zwei Vorlagen aber unterdurchschnittlich.
- Die Stimmabsichten zur Komplementärmedizin sind weitgehend stabil und mehrheitlich ins Pro gerichtet.
- Die Stimmabsichten zu den Biometrischen Pässen sind aggregiert weitgehend stabil, ohne dass eine eindeutige Mehrheit ersichtlich würde.

Unter der Annahme, dass in den letzten zwei Wochen nichts Ausserordentliches geschieht, was die Mobilisierung und die Meinungsbildung beeinflussen könnte, ist mit einer eher tiefen Beteiligung zu rechnen, einer Annahme des Gegenvorschlages zur Volksinitiative Komplementärmedizin, während bei der Vorlage über die Biometrischen Pässe die Ja-Seite einen Vorteil hat, ohne dass eine eindeutige Aussage zum Abstimmungsausgang jetzt schon möglich ist. Das impliziert keine knappe, sondern eine unsichere Entscheidung der Bürgerschaft.

Die Meinungsbildung, wie sie bis zur zweiten Befragung vor den Volksabstimmungen (mittlerer Befragungstag: 19 Tage oder knapp drei Wochen vorher) abzeichnet, ist bei den biometrischen Pässen durch eine mittlere Konfliktintensität gekennzeichnet. Der Bundesrat ist insbesondere in der Person der Justizministerin Evelyne Widmer-Schlumpf aktiv. Er wird namentlich von Interessengruppen und ihren KommunikatorInnen unterstützt, derweil sich die Parteien ausgesprochen zurückhalten. Inserate und Plakate finden sich kaum. In den redaktionellen Spalten findet aber eine recht intensive, meist kritische Diskussion statt.

Die Mehrheiten der WählerInnen einer Regierungspartei stehen auf der Seite der Vorlage. Weitgehend geschlossen erscheint aber nur die FDP, während SVP, CVP und SP nur knappe Zustimmungüberschüsse kennen. Bei SVP und SP ist das aber umso bemerkenswerter, als ihre Parteispitzen eine ablehnende Parole herausgegeben haben. Die organisierte Opposition ist bei den Grünen am stärksten, während die parteiungebundenen Stimmenden in ihrer gesamthaften Ausrichtung schwer einzuschätzen sind. Zustimmungsmehrheiten finden sich zudem bei Männern sowie bei Personen mit Berufsschulabschluss und mit überdurchschnittlichem Einkommen. Ablehnungsmehrheiten gibt es in keiner der untersuchten Merkmalsgruppen. Trendmässig konnte sich das Ja-Lager vor allem in der Romandie und bei eher konservativen Bevölkerungsgruppen verbessern, während das Nein-Lager bei den jüngeren Personen mehr Rückhalt findet als vor einem Monat.

Der bisherige Abstimmungskampf hat aber keine wirkliche Entscheidung hervorbringen können. Das hat damit zu tun, dass die parteipolitische Profilierung mittelstark ist, und zielgruppenspezifische Aktivitäten nur beschränkt ersichtlich wurden.

Argumentativ verfügen beide Seiten über mehrheitsfähige Argumente. Auf der Ja-Seite ist das – trotz Expertenkritik – vor allem die Sicherheit der neuen Pässe, etwas eingeschränkt

auch die Reisefreiheit. Auf der Nein-Seite sind es der Überwachungsstaat, die Kosten und etwas eingeschränkt die Verletzung der Privatsphäre. Bisher am meisten gewirkt haben die Folgen der Zentralisierung von Daten auf das Privatleben im Fall einer Zustimmung und die Einschränkung der Reisefreiheit bei einem Nein. Bei den unschlüssigen Personen stehen sich auch gut zwei Wochen vor dem Stichtag zwei ähnliche Erwartungen gegenüber: die Angst vor dem Überwachungsstaat auf der einen, die Befürchtungen vor Reiserestriktionen auf der anderen Seite.

Die ursprünglich formulierte Hypothese kann damit wie folgt beurteilt werden: Die erhebliche, organisierte Opposition, die sich auf linke wie rechte Parteien stützen konnte, hat bisher ausserhalb der Grünen keine durchschlagende Wirkung gezeigt. Eher noch gelang es den Jungparteien für Stimmung zu sorgen, ohne dass sie sich auf eine Mehrheit ihrer Altersgenossen stützen können. Die parteipolitische Profilierung der Sache gelingt kaum, wirken doch andere Interessen mit. In der Anfangsphase war die Polarisierung zwischen arrivierten und neuen Kräften in der Politik recht hoch. Sie verunsicherte mit Argumenten zur Überwachung und Privatsphäre die Öffentlichkeit in erheblichem Masse. In der Bevölkerung scheint man auch Sicherheits- und Freiheitsüberlegungen in die Meinungsbildung mit einzubeziehen. Das kann sowohl für als auch gegen die Vorlage sprechen, ohne individuell überwiegend und damit auch kollektiv jetzt schon zu einem klaren Schluss zu kommen.

Bei der Komplementärmedizin sind die Verhältnisse etwas einfacher, ergibt sich doch eine wachsende und mehrheitlich ausgeprägte Zustimmungssicherheit unter den teilnahmewilligen BürgerInnen. Parteipolitisch finden sich alle Anhängerschaften bestimmt oder eher auf der Ja-Seite. In keiner der untersuchten Merkmalsgruppen resultiert eine Ablehnungsmehrheit; vielmehr sind alle in ihrer Mehrheit eher für die Vorlage. Argumentativ kann die Ja-Seite mit dem freien PatientInnen-Entscheid, der Berücksichtigung der alternativen Medizinangebote in der Grundversicherung sowie vermuteten Kostensenkungspotenzialen, die sich aus einer Verlagerung in den Therapien ergeben könnten, mehrheitlich punkten. Die Nein-Seite ist mit der Botschaft, weitere Leistungen der Grundversicherung zu vermeiden, um keine weiteren Kostensteigerung zu provozieren, mehrheitsfähig. In der Abwägung dominiert aber die Berücksichtigung der Komplementärmedizin unverändert die individuellen Entscheidungen.

Bezogen auf unsere Ausgangserwartung kann man festhalten, dass eine kritische Kostendiskussion in der Öffentlichkeit zwar stattfindet, aber eher grundsätzlicher Natur ist und nur beschränkt auf die Entscheidung zur Komplementärmedizin abfährt. Eine wirkliche Politisierung der Vorlage ist nicht gelungen und auch nicht in Sicht, nicht einmal wirklich bei der opponierenden SVP.

Ein aktiver Abstimmungskampf ist bisher kaum entstanden. Vielmehr wurden Positionen bezogen und kommuniziert. Der so entstandenen Kontroverse fehlt es aber an wirklicher Dynamik, um die Prädispositionen in der Bevölkerung ernsthaft in Frage zu stellen. So bleibt die gesellschaftlich breite Sympathie für Komplementärmedizin im einen Fall entscheidend, während im anderen Fall zwischen Vor- und Nachteilen Biometrischer Pässe für die SchweizerInnen wohl bis zum Abstimmungstag abgewogen wird.

Anhang

Das gfs.bern Team

[identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler,
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration,
Technologiepolitik, politische Kultur und
politische Kommunikation, Geschichte
und Methoden der Demoskopie.

[identität]



LUKAS GOLDER

Politikwissenschaftler, Mitglied der
Geschäftsleitung, Senior-Projektleiter.
Schwerpunkte: Integrierte Kommunikations-
und Kampagnenanalysen, Medienwirkungs-
analysen, Abstimmungen, Wahlen.

[identität]



LAURA KOPP

Politikwissenschaftlerin, Projektleiterin.
Schwerpunkte der Forschung: Analyse
politischer Themen und Issues,
Evaluationen, Gesellschaftsthemen,
Feldaufträge, international vergleichende
Studien, Qualitativmethoden, Text- und
Inhaltsanalyse, Abstimmungen und Wahlen.
Publikationen im Rahmen der VOX-Analyse
und auf Internet.

[identität]



MARTINA IMFELD

Projektassistentin.
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,
Medienanalysen, Visualisierung.

[identität]



JONAS KOCHER

Projektmitarbeiter gfs.bern
Schwerpunkte der Arbeit:
Statistische Datenanalyse,
Medienanalysen, Visualisierung.